

# „Starke Zeichen setzen“

## Hintergründe zu den jüngsten Unruhen in den Vororten

Martina Zimmermann\*



**Im November 2007 kam es in Pariser Vororten erneut zu Unruhen, nachdem zwei Jugendliche bei einem Unfall mit der Polizei ums Leben gekommen waren. In der Nacht nach dem Unfall zündeten junge Leute Autos an, eine Bibliothek brannte, bei Schlächten mit der Polizei wurden über 80 Beamte verletzt. Dank eines enormen Polizeiaufgebots beruhigte sich die Lage im Laufe einer Woche – ein Hintergrundbericht.**

„Wenn Autos brennen, sind die Journalisten immer da“, klagt Zora Malji, „aber wenn das Ergebnis der Abiturprüfung bekannt gegeben wird, kommt keiner“. Die Algerierin kritisiert die Medien: „Brennende Autos kommen besser an“. Zora lebt seit 41 Jahren in Frankreich, sie arbeitet in einer Anwaltskanzlei. Ihre vier Kinder wurden alle in Frankreich geboren. Tochter Samia ist Lehrerin im Pariser Vorort Bobigny und „sehr stolz auf ihre Schüler“, wie Samia betont.

„In den Reportagen über die Vororte sieht man immer die Extreme. Man kann nicht leugnen, dass es Gewalt gibt“, erklärt Samia. „Aber es gibt auch die, die Lebensfreude haben, die Muslime sind, total gemäßigt und modern, manchmal sogar ein bisschen verrückt und sehr sympathisch. Die sieht man nie, aber ich sehe diese Leute täglich, denn ich bin Lehrerin und ich habe Schüler, die cool sind und sich wohl fühlen, und solche Schüler sehe ich nie in Reportagen, da sind immer die Typen im Keller oder aber der Unternehmer, der es geschafft hat.“

Marie Dia ist Projektchefin in der Kommunikationsagentur La Nouvelle Cour im Pariser Vorort La Courneuve. Sie organisiert für einen Fernsehsender einen Videowettbewerb im Internet. Die 23-Jährige verdient das normale Anfängergehalt, 1 500 Euro brutto. Aber bei La Nouvelle Cour handelt es sich um eine besondere Firma, denn sie wurde mit Hilfe von großen Unternehmen gegründet, mit dem Ziel, jungen Leuten aus

den Vororten eine erste Arbeit und Berufserfahrung zu verschaffen. In einer anderen Firma hätte Marie trotz Diplom keine Chance gehabt: „Als die Schule vorbei war, habe ich viele Bewerbungen geschickt, auf Anzeigen, die ich im Internet oder in Zeitungen fand. Ich bekam keine Antwort, nicht mal eine negative, und schon gleich gar keine Vorstellungsgespräche.“ Marie ist schwarz, ihre Eltern kamen aus dem Senegal nach Frankreich. Ihre Hautfarbe empfand Marie bisher nicht als Problem: „Man darf nicht vergessen, dass man in diesem Bereich Netzwerke braucht, Leute, die einem einen Posten verschaffen oder einen empfehlen. Wer keine Erfahrung hat und niemand kennt, kommt sehr schwer rein. Wer in Paris lebt und eine gut situierte Familie hat, findet in seinem Milieu leichter jemanden, der bei der Arbeitssuche hilft.“

### Initiative für Berufseinsteiger

Eine dunkle Hautfarbe, ein ausländischer Name und eine Adresse im Vorort bringen viele schlechte Punkte in der Arbeitswelt. Außerdem befindet sich auch die Schule, in der Marie ihr Diplom gemacht hat, in der Banlieue – keine tolle Empfehlung. Und doch können diese jungen Leute etwas leisten. Das zeigt die Agentur La Nouvelle Cour. Bei der Gründung vor einem Jahr stellte sie drei Schulabgänger ein, heute beschäftigt sie fast ein

\* Martina Zimmermann ist freie Hörfunkkorrespondentin für die öffentlich-rechtlichen Anstalten und lebt in Paris.

Dutzend junge Leute aus den Vororten. Die Auftraggeber sind ein Fernsehsender, die Eisenbahngesellschaft und politische Institutionen, die gleichzeitig Paten der begrüßenswerten Initiative sind. „Es geht darum, die Probleme der Diskriminierung zu umgehen“, erklärt Direktor David Breysse: „Die können zum Beispiel wegen der Adresse eines Bewerbers auftauchen oder weil sich die Schule in La Courneuve befindet, im Vorort. Das zweite Vorurteil betrifft den Familiennamen, das dritte die Hautfarbe. Unsere Idee war, diese Probleme bei der Einstellung zu umgehen, weil diese jungen Leute nun sagen können: Ich habe eine echte Berufserfahrung, und das, so hoffen wir, wird den Unterschied ausmachen im Vergleich zu anderen Bewerbern.“

Die jungen Leute sollen nicht länger als zwei Jahre in dieser Agentur bleiben. Dank ihrer Berufserfahrung sollen sie dann in die großen Werbeagenturen überwechseln und ihren Platz neuen Schulabgängern überlassen. „Es gibt Leute, die sagen, schnell, schnell, sagt uns Bescheid, sobald er oder sie fertig ist“, freut sich David Breysse. „Sie wollen ihnen eine Chance geben, weil sie gut sind und weil sie ein Plus haben: Sie wollen beweisen, dass Vorurteile falsch sind. Eine solche Motivation findet man bei Menschen ohne Migrationshintergrund weniger. Wer stigmatisiert wird, will beweisen, dass er gut arbeitet. Das ist ein Vorteil für die Unternehmen.“

## Rhetorische Sensibilisierung

Diese Initiative aus Unternehmerkreisen zeigt, dass in Frankreich das Bewusstsein für Diskriminierungen gestiegen ist. Vor drei Jahren wurde eine Aufsichtsbehörde gegen Diskriminierungen geschaffen; nach den Ausschreitungen in der Banlieue vor zwei Jahren wurde das Gesetz für Chancengleichheit verabschiedet. „Es gibt in Frankreich eine Mobilisierung gegen Diskriminierungen“, meint der Soziologe Pap Ndiaye, „aber die bleibt im Wesentlichen rhetorisch, ohne konkrete Maßnahmen“. Auch dass Präsident Sarkozy Ministerinnen mit Migrationshintergrund ernannt hat, erscheint dem Soziologen nicht als ausreichend: „Wenn man sich damit zufrieden gibt, hier und da eine Ministerin, dort einen Präfekten mit Migrationshintergrund zu ernennen, kommen wir nicht voran. Das

*schafft eine Vitrine, die den Alltag der von Diskriminierung betroffenen Bevölkerungsschichten maskiert.“*

Fünf Millionen Menschen leben in so genannten „Zones Urbaines Sensibles“ (ZUS), sensiblen städtischen Zonen – der französische Ausdruck für soziale Brennpunkte. Das macht 8 % der Gesamtbevölkerung aus. Diejenigen, die Autos anzünden, sind eine kleine Minderheit. Aber wer jung, männlich und mehr oder weniger dunkelhäutig ist, wird öfter als alle anderen von der Polizei kontrolliert.

Wie bei den Aufständen vor zwei Jahren betonten auch nun wieder vor allem die ausländischen Korrespondenten, dass es sich bei den Aufständischen um Migrantenkinder handelt, deren Integration nicht mehr funktioniere. Pap Ndiaye nuanciert diese Analyse: „Sie kommen aus den unteren Schichten, die seit mehreren Jahrzehnten in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind. Es gibt nicht mehr genug Arbeiterberufe, die diese jungen Leute mit wenigen oder keinen Diplomen aufnehmen können.“ Zum Faktor der Klasse komme die Tatsache, dass die meisten dieser jungen Leute aus Einwandererfamilien aus Nord- oder Schwarzafrika stammen. „Deren Ausschließung beruht nicht nur auf der Klasse, sondern hat auch rassistische Gründe. Sie haben die allgemeinen Schwierigkeiten der unteren Schichten, aber die werden verstärkt durch Diskriminierungen und Rassismus, die sie erleben.“

Ein Viertel aller Franzosen hat eine ausländische Herkunft, ohne die Einwanderung hätte Frankreich heute Millionen Einwohner weniger. Dass die Einwanderung für Frankreich positiv war, wird nun in einem Museum in Paris gezeigt. Seit die Cité nationale de l'histoire de l'immigration Ende 2007 eröffnet wurde, stehen die Besucher Schlange, darunter viele Menschen aus den Vororten: Gabriel und Eros wohnen in Saint-Ouen. Der blonde Gabriel (seine Mutter ist Finnin) und der schwarze Eros (seine Eltern kamen aus dem ehemaligen Zaire) bestaunen gemeinsam Fotos von algerischen Gastarbeitern, die in Massen ein Schiff verlassen, von afrikanischen Bauarbeitern, die vor Betonhochhäusern posieren. Sie bewundern Konzertplakate und Plattencover von eingewanderten Künstlern: „Sie zeigen alle Bereiche, die Geschichte, die Kunst, die Arbeitswelt, wirk-

lich alle Bereiche, in denen die Einwanderung etwas gebracht hat“, lobt Gabriel. „Vor allem die Einwandererkinder dürften sich dank dieses Museums wertvoller fühlen“, erklärt Eros. „Hier bekommen ihre Eltern einen Wert.“

Doch eine offizielle Einweihung fiel vorerst aus. Kritiker demonstrierten, aber Gabriel und Eros vermissen Präsident Sarkozy nicht an diesem Ort: „Die Demonstranten haben recht, an die Probleme von heute zu erinnern. Genetische Tests vor der Familienzusammenführung, Ausweisungen.“ Gabriel schüttelt den Kopf: „Wir wohnen in der Region Seine-Saint-Denis, unserem Präfekten wurde auf die Finger geklopft, weil er nicht genügend Ausweisungen anordnet.“ Auch Eros findet es sehr gut, dass Nicolas Sarkozy nicht da ist: „Es passt nicht zu seiner Ideologie, der Einwanderung einen Wert beizumessen.“

Auch die restriktive Einwanderungspolitik schafft bei den Jugendlichen in den Vororten ein negatives Selbstbild. „Ich soll mich integrieren, ich darf keine Autos anzünden, ich soll mich in dieser Gesellschaft anstrengen“, meint Ibrahim Sorel, der Vorsitzende des Vereins Banlieues du monde, einer Organisation, die derzeit einen Bürgerfernsehkana aufbaut: „Aber mein Vater, meine Mutter, meine Tanten werden als Nichtsnutze behandelt. Das soll keinen Einfluss auf mich haben? Keine Auswirkung auf meine Beziehung zu den anderen und meiner Umwelt? Wenn wir die Probleme der Gewalt regeln wollen, müssen wir uns auf unsere Tradition des Empfangs und des Asyls besinnen, damit sich die Eltern, Tanten und Großeltern dieser jungen Leute in dieser Gesellschaft respektiert fühlen. Solange Einwanderer so behandelt werden wie heute, werden wir keinen Frieden haben.“ Der Schwarze ist überzeugt: „Will diese Gesellschaft gut funktionieren, soll Frankreichs Nation den Weg zur Versöhnung finden, dann muss man diesen jungen Leuten mit Migrationshintergrund sehr starke Zeichen setzen: Dass man sie und ihresgleichen respektiert.“

Am 22.1. hat Staatssekretärin Fadela Amara nun vorerst nur die großen Linien des von Sarkozy groß angekündigten „Marshall-Plans“ für die Vororte bekannt gegeben, nachdem der Präsident

um „Aufpeppung“ der ersten Version gebeten und die Vorstellung konkreter Maßnahmen auf Anfang Februar verschoben hatte. Seit September hatten 160 Treffen zwischen Amara und Bewohnern der Banlieues vor Ort stattgefunden, um die x-te Diagnose zu erstellen und Maßnahmen zu ergreifen, die auf Wunsch von Sarkozy drei Aspekte besonders berücksichtigen sollten: Sie sollen Arbeitsplätze für die Einwohner der Vororte schaffen, der geographischen Isolierung (ohne öffentliche Ämter und Transportmittel) ein Ende setzen und es soll künftig möglich sein, in diesen Vierteln erfolgreich eine Ausbildung abzuschließen. Kurz vor Weihnachten hatte die Staatssekretärin als erste Bilanz der Treffen erklärt: „Die jungen Leute langweilen sich.“ Sie versprach: „Wir werden ihnen die Mittel geben, damit sie zu Akteuren ihrer Stadt werden.“ Dass Fadela Amara die Langeweile als

Problem Nummer eins in den Vierteln ausmachte, erregte Widerspruch seitens der Organisationen aus den Vororten: zu kurz gegriffen sei diese Analyse in Städten, in denen „40 % der Arbeitslosen unter 25 sind“, so Nabil Koskosi von Droit de cité aus Sarcelles. Mehrere Organisationen for-

derten auf einer Pressekonferenz eine öffentliche, im Fernsehen übertragene Diskussion mit Fadela Amara. Amara hat ihren „Plan banlieue“ in Begleitung Sarkozys in der Vorortstadt Vaulx-en-Velin nahe Lyon präsentiert. Ein Symbol, denn dort hatte 1979 der erste Aufstand stattgefunden, weitere Unruhen folgten im Oktober 1990. Ob es sich bei dieser Wahl um eine Anerkennung des Symbols handelt oder um eine Kommunikationsstrategie, darüber gehen die Ansichten auseinander. Zu den größten Kritikern der Staatssekretärin gehört die nach den Aufständen im November 2005 gegründete Organisation AC le feu. Denn die Mitglieder dieser Organisation hatten bereits im Laufe des Jahres 2006 eine Tour durch die Vororte durchgeführt und Vorschläge der Bewohner gesammelt, wie ihr Leben zu verbessern sei. Doch als sie diese Forderungen im Oktober 2006 den Volksvertretern übergeben wollten, wurden sie gar nicht erst ins Parlament hineingelassen.

## „Diejenigen, die Autos anzünden, sind eine kleine Minderheit.“